

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Senkung der Strompreise – Dringende Entlastung von Bürgern und Betrieben

Der Landtag wolle beschließen:

Im europäischen Vergleich verfügt Deutschland über extrem hohe Strompreise. Zusätzlich verteuert die Ampel den Strompreis für energieintensive Unternehmen.

Vor der Bundestagswahl kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an: „Mein Ziel ist ein Industriestrompreis von 4 Cent“. Für solch einen Industriestrompreis von 4 Cent je kWh gibt es aktuell keine Initiativen, worauf die sich die Bundesregierung verständigen kann. Im Gegenteil: Bundeskanzler Scholz lehnt jetzt einen Industriestrompreis ab. Scholz: „Das wäre ökonomisch falsch, fiskalisch unsolid und würde sicherlich auch falsche Anreize setzen.“ Vertrauen in staatliche Institutionen und in wesentliche Amtsträger setzt voraus, dass man nach der Wahl das tut, was man vor der Wahl versprochen hat.

Verlässlich verfügbare Energie und nicht überteuerte Energie sind grundlegend wichtig für den Wohlstand in unserer Gesellschaft. Dauerhaft hohe Strompreise gefährden den Standort Deutschland. Wir erleben längst eine schleichende De-Industrialisierung. Vor allem mittelständische Unternehmen sind durch die hohen Strompreise enorm belastet. Statt langer Diskussionen sind jetzt schnell wirkende Maßnahmen beim Strompreis notwendig. Insbesondere der Mittelstand muss zügig und effektiv entlastet werden.

Gerade für die Stahlindustrie im Saarland ist neben der Verfügbarkeit von Wasserstoff ein verlässlicher niedriger Strompreis überlebenswichtig. Im Mai diesen Jahres forderte der Verband der Saarländischen Stahlwerke daher die zeitnahe Einführung eines Industriestrompreises. Gerade für die energieintensive Industrie in Deutschland und insbesondere im Saarland ist der Preis für Elektrizität zum entscheidenden Standortfaktor geworden. „Wir sind gerade dabei, uns das Genick zu brechen“, sagte die Geschäftsführerin des Verbands der Saarländischen Stahlwerke. Wenn saarländische Unternehmen in der Lage bleiben sollen ihre Wettbewerbs-

position auch auf internationaler Ebene zu behaupten, braucht es schnelle Taten, auch um die damit verbundenen Arbeitsplätze zu sichern.

Auch im privaten Sektor steigt der Strombedarf. Dies ist in weiten Teilen politisch gewollt, denn Haupttreiber sind der Verkehrssektor mit E-Autos, elektrischen Wärmepumpen in Gebäuden und Wärmenetzen sowie die Erzeugung von Elektrolyse-Wasserstoff. Zu hohe Strompreise sind deshalb auch eine Gefahr für die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Umstellungen, die dem Klimaschutz dienen sollen.

Die SPD-Landesregierung ist gefordert, mit deutlich mehr Nachdruck als bisher die Bundesregierung von der grundlegenden Bedeutung der Senkung der Strompreise zu überzeugen. Wenn nicht schnell gehandelt wird und es auf breiter Front zur Senkung der Strompreise für Industrie, Mittelstand, Handwerk und Bürger kommt, dann wird es einen noch höheren Schaden für die Volkswirtschaft geben. Die SPD-Landesregierung ist gefordert, sich im Bundesrat, aber auch im Bundestag für eine rasche Senkung der Energiekosten einzusetzen. Ganz konkret gehört die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,1 Cent/kWh bei privaten Haushalten und 0,05 Cent/kWh bei Betrieben abgesenkt und die Umsatzsteuer auf den Strom privater Haushalte auf den ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent reduziert.

Die weitere Elektrifizierung, gerade in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Industrie, gelingt nur, wenn die Strompreise spürbar sinken. Das sollte unbürokratisch und schnell geschehen. Eine Steuersenkung auf das europarechtliche Minimum ist eine solche Möglichkeit. Deshalb muss es jetzt heißen: Den Standort Saarland stärken und Steuern auf Strom auf das Minimum senken!

Doch statt zu handeln erleben wir gegenteilige Signale: So wird ab 2024 eine weitere Verschärfung hinzukommen, wenn der Spitzenausgleich bei der Energie- und Stromsteuer wie vorgesehen wegfällt. Gerade das Saarland mit seiner industriell geprägten Wirtschaftsstruktur mit hohem Energiebedarf ist hiervon besonders betroffen, da die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erneut willkürlich von der Ampel verschlechtert wird und damit Arbeitsplätze und Wohlstand aufs Spiel gesetzt werden. Es braucht jetzt endlich durchgreifende und wirksame Entscheidungen zu Gunsten von Bürgern und Betrieben. Mehr Entlastungen statt weiterer Belastungen – das muss das Gebot der Stunde sein, um unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene einzusetzen, die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,1 Cent/kWh für private Verbraucher und 0,05 Cent/kWh bei Versorgern und Unternehmen zu senken,
- sich auf Bundesebene einzusetzen, die Umsatzsteuer auf Strom auf den ermäßigten Satz zu reduzieren,
- sich in Berlin deutlich stärker dafür einzusetzen, damit die rote Ampel endlich handelt und die bisherige Blockade der Entlastung beim Strompreis aufgibt,

- sich einzusetzen, dass die wetterunabhängige Kraftwerksleistung in Deutschland wesentlich erhalten und ausgebaut wird,
- eine Strategie zur Energiesicherheit auf Landesebene auszuarbeiten und sich für eine entsprechende Strategie auf Bundesebene einzusetzen,
- sich für eine Ausweitung des Stromangebots einzusetzen, um Kosten zu senken und Versorgungssicherheit zu gewährleisten,
- dafür einzutreten, dass die Netzentgelte halbiert werden,
- sich auf Bundesebene für eine Industriestrategie einzusetzen, die strukturell bessere Rahmenbedingungen für die gesamte Industrie in Deutschland und im Saarland schafft. Dazu gehört insbesondere ein von der Bundesregierung durchgerechnetes Konzept für einen zeitlich begrenzten, auch für den industriellen Mittelstand wirksamen, Brückenstrompreis.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.